

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt MdB/MdEP, Vorsitzender der SPD, kommentiert das Ergebnis der Bundestagswahl: Vertrauenszuwachs für die Koalition.

Seite 1/2

Helmut Rothemund MdL: Strauß in Bayern schlechter als Kohl.

Seite 3

Karl Ravens MdL: In Niedersachsen hat die Albrecht-CDU Schiffbruch erlitten.

Seite 4

Heinz Galinski sieht in dem Attentat auf die Synagoge in Paris den Beweis für Versäumnisse: Das Europäische Parlament ist gefordert.

Seite 5

Willy Brandt MdB/MdEP würdigt Georg Leber zu dessen 60. Geburtstag: Wichtige Impulse eingebracht.

Seite 6/7

Pressestimmen zur Bundestagswahl.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 191

6. Oktober 1980

Vertrauenszuwachs für die Koalition

Die Bundestagswahl 1980 als Grundlage für gute Zusammenarbeit

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bundeskanzler Helmut Schmidt und die sozial-liberale Koalition haben einen überzeugenden Erfolg errungen. Die bewährte Zusammenarbeit kann weitere vier Jahre fortgesetzt werden. Die Koalition geht mit einem kräftigen Vertrauenszuwachs in die nächste Legislaturperiode. Angesichts der zu bewältigenden Zukunftsaufgaben ist der deutliche Zuwachs an Stimmen und Mandaten kein Ruhepolster, sondern eine solide Grundlage für die weitere gute sachliche und personelle Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Freien Demokraten.

Die Union hat jetzt die Chance zur Besinnung. Sie hat es dem Rechtsruck unter ihrem Kandidaten zuzuschreiben, daß sie ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis seit 25 Jahren hinnehmen mußte.

Die Tatsache, daß sie durch die Bundestagswahl auch die Mehrheit in der Bundesversammlung verloren hat, sollte sie auch zum Nachdenken darüber bewegen, wie sie ihre künftige Arbeit im Bundesrat zu gestalten gedenkt. Die Arbeit der nächsten vier Jahre, die Bewältigung der Aufgaben im Innern, die gewachsene weltpolitische Verantwortung der Bundesrepublik verlangen - ungeachtet fortbestehender



Unterschiede, die nicht verwischt werden sollen - eine sachliche und wo möglich konstruktive Zusammenarbeit aller Organe der Gesetzgebung.

Die Freien Demokraten haben ihr bestes Ergebnis seit 1961 erreicht. Sie verdanken ihr gutes Abschneiden zum einen dem Aufwind, in den sie nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen geraten waren. Zum anderen verdanken sie es der eindeutigen sachlichen und personellen Aussage zugunsten der Fortsetzung der Zusammenarbeit in der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt für die nächsten vier Jahre.

Daß sich bei aller Eigenständigkeit die klare Orientierung für die FDP auszahlt, zeigt sich in der Tatsache, daß die FDP überall dort gut abgeschnitten hat, wo es in den Ländern eine funktionierende Partnerschaft mit der SPD gibt. Das relativ schwächste Ergebnis erzielte die FDP im Saarland.

Wir Sozialdemokraten haben unser zweitbestes Bundestagswahlergebnis erreicht. Das ist ein schöner Erfolg, nicht nur für Helmut Schmidt, sondern auch für die vielen Helfer der Partei. Besonders gut abgeschnitten haben wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Saarland. Im nördlichsten Bundesland gingen erstmals alle Direktmandate (und ein Überhangmandat) an die SPD. Die Ergebnisse im Norden sind wohl mehr als nur ein Hinweis auf die künftige bundespolitische, aber auch landespolitische Bedeutung der Ministerpräsidenten Stoltenberg und Albrecht. Im übrigen müssen wir uns der ernststen Problematik bewußt bleiben, die in dem so unterschiedlichen Wahlverhalten im Norden und im Süden der Bundesrepublik liegen können.

Ein Wort zum Abschluß: Wir Sozialdemokraten bleiben offen für ein sachlicheres Verhältnis zu den Oppositionsparteien. Einige Sprecher von CDU und CSU haben dies auch für ihre Parteien anklingen lassen. Sie werden allerdings den inneren Widerspruch auflösen müssen, der darin liegt, daß sie gegen Sozialdemokraten mit dem unterschweligen Vorwurf des Landesverrats und des Verfassungsbruch operiert haben. Dies muß vom Tisch - nicht nur der betroffenen Menschen wegen, sondern im Interesse unseres demokratischen Gemeinwesens.

(-/6.10.1980/hi/ca)

+

+

+



Strauß in Bayern schlechter als Kohl

Die bayerische SPD hat ihr Hauptziel erreicht

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Franz Josef Strauß hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Mit großer Genugtuung stellte deshalb das Präsidium der bayerischen SPD fest, daß das Hauptziel der SPD, nämlich Strauß zu verhindern, überzeugend erreicht wurde. Strauß hat in Bayern trotz seines enormen Amtsbonus schlechter abgeschnitten als vor vier Jahren sein unionsinterner Rivale Helmut Kohl. Das Präsidium der bayerischen SPD ist der Überzeugung, daß Strauß bundespolitisch am Ende ist. Allerdings ist zu erwarten, daß der unterlegene Kanzlerkandidat keine Ruhe geben wird und es daher zu intensiven unionsinternen Auseinandersetzungen kommen wird.

Angesichts der bayerischen Übermächtigkeit des Unionskanzlerkandidaten ist das Abschneiden der bayerischen SPD befriedigend. Die Position von vor vier Jahren konnte gehalten werden. Für die bayerische SPD ist eine gute Ausgangslage für die Landtagswahl 1982 gegeben. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß der SPD-Abwärtstrend in München nicht nur aufgefangen, sondern zu einem Aufwärtstrend verwandelt wurde. Der Münchner SPD kann und wird es gelingen, ihre alte Vertrauensstellung wiederherzustellen. Besondere Anerkennung ist den Münchner Wahlkreissiegern Dr. Hans Jochen Vogel und Manfred Schmidt auszusprechen.

Das bayerische SPD-Präsidium hat sich einhellig dafür ausgesprochen, verstärkt und auf allen Ebenen das Gespräch mit der Katholischen Kirche zu suchen. Hinter diesem Willen steht die Auffassung, daß es zwischen den Kirchen und der Sozialdemokratie wesentliche Gemeinsamkeiten in der Grundhaltung gibt.

Die bayerische SPD wird auch in der bevorstehenden wahlkampffreien Zeit verstärkt das Gespräch mit den Bürgern suchen. Dazu gehört beispielsweise die Fortführung der Aktionen "Aufruf zur Phantasie" und "Minister zu Gast".

(-/6.10.1980/ks/ca)

+ + +



Stärkste politische Kraft

In Niedersachsen hat die Albrecht-CDU Schiffbruch erlitten

Von Karl Ravens MdL

Niedersächsischer SPD-Landesvorsitzender

Die Sozialdemokraten haben ihr Hauptziel erreicht: Helmut Schmidt bestimmt auch in den kommenden vier Jahren als Bundeskanzler die Richtlinien der deutschen Politik. Er kann sich dabei auf eine erheblich verbreiterte Mehrheit im Parlament stützen. Die Wahlscheidung ist eine klare Bestätigung für die gute Politik der sozialliberalen Koalition in den vergangenen Jahren und eine deutliche Absage an jene politischen Kräfte, die eine Wende in der Politik herbeiführen wollten.

Der nicht erwartete Stimmenzuwachs der Freien Demokraten hängt mit der starken Polarisierung der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD zusammen. Die FDP - selten direkt angegriffen - konnte sich im großen und ganzen aus der harten Konfrontation heraushalten. Das hat der Bürger honoriert. Darüber hinaus dürfte auch der Zweitstimmenappell seine Wirkung nicht verfehlt haben.

Wir begrüßen die klare Abfuhr, die der Wähler allen extremistischen Kräften in der Bundesrepublik erteilt hat. Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge von München und Paris erlangt diese Entscheidung gerade auch im Hinblick auf das Ausland besondere Bedeutung.

Die niedersächsische SPD hat ihr erklärtes Wahlziel, stärkste Partei in Niedersachsen zu werden, mit klarem Abstand gegenüber der CDU erreicht. Sie hat 1,2 Prozent dazugewonnen und damit nach dem Saarland das zweitbeste Stimmergebnis aller Bundesländer erzielt. Der in dieser Höhe mehr als deutliche Vorsprung von 7,1 Prozent vor der CDU ist ein eindeutiges Votum für die Politik der Bonner Koalition - eine Politik, die von der niedersächsischen SPD zu jeder Zeit voll gestützt wurde.

Den niedersächsischen Wählerinnen und Wählern möchte ich für diesen Vertrauensbeweis meinen ganz herzlichen Dank sagen. Die SPD in Niedersachsen wird in den kommenden vier Jahren personell gestärkt im Bundestag vertreten sein. Von den 30 Abgeordneten haben 23 ihren Wahlkreis direkt gewonnen. Die CDU mußte sechs Wahlkreise an die SPD abgeben. Den Kandidaten und ihren zahllosen Helfern gilt für ihren großen Einsatz im Wahlkampf mein besonderer Dank.

Die niedersächsische CDU ist bei dieser Wahl eingebrochen. Albrecht und Kiep, die mit starkem Einsatz und großem Aufwand versucht haben, sich beim norddeutschen Wähler als die "andere", nicht im Fahrwasser von Strauß schwimmende CDU darzustellen, haben mit dieser durchsichtigen Taktik Schiffbruch erlitten. Der Wähler hat diesen Versuch einer scheinliberalen Selbstdarstellung als wahltaktisches Täuschungsmanöver durchschaut.

Der niedersächsischen FDP gebührt für ihren Erfolg alle Achtung. Das eindeutige Bekenntnis der Bundes-FDP zur Koalition mit den Sozialdemokraten hat sich auch für die niedersächsischen Liberalen ausgezahlt. Das wird bei künftigen Koalitionsaussagen der FDP in Niedersachsen nicht ohne Konsequenzen bleiben. (-/6.10.1980/v0-he/ca)

+ + +



Das Europäische Parlament ist gefordert

Das Attentat auf die Synagoge in Paris beweist Versäumnisse

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin

Mit Trauer und Betroffenheit haben wir, die wir dieser Stunde unsere Verbundenheit mit den jüdischen Bürgern Frankreichs bekunden, die Nachricht vom Anschlag auf eine der Pariser Synagogen aufgenommen. In diesem Attentat, das so kurz nach den Anschlägen in Bologna und München erfolgte, sehen wir ein beredtes Symptom für die zunehmende Gewalttätigkeit des Rechtsextremismus in Europa sowie für die Zählebigkeit antijüdischer Vorurteile, denen durch Versäumnisse bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und durch aktuellen politischen Opportunismus neue Nahrung gegeben wird.

Bereits in der vergangenen Woche erreichten uns Meldungen von Aktionen rechtsextremistischer Kreise in Frankreich gegen Synagogen. Um so größer ist daher unser Erstaunen angesichts des offenkundigen Fehlens von Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen gegen erneute Anschläge gegen die größte jüdische Gemeinschaft des freien Europa, mit denen alle jüdischen Menschen getroffen werden sollen. Deshalb ist der Anschlag auf die Synagoge in Paris keine Angelegenheit, die Frankreich allein betrifft. Er ist eine Herausforderung an die gesamte Europäische Gemeinschaft, die wiederholt und in unqualifizierter Weise sich ungefragt zu zentralen Fragen jüdischer Existenz geäußert hat, obwohl sie besser daran getan hätte, wirksames für die Sicherheit ihrer jüdischen Bürger zu tun sowie Rechtsextremisten und Antisemiten in ihre Schranken zu weisen.

Dies nunmehr mit aller Entschiedenheit zu tun, ist unsere Forderung an das Europäische Parlament, dessen Konstituierung auf der Basis freier Wahlen wir seinerzeit nachdrücklich begrüßt haben, und dies wäre auch ein Thema für das nächste Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft.

In dieser Stunde, da erneut jahrhundertlanges jüdisches Leid in Europa vor unser geistiges Auge tritt und da all unsere Anteilnahme denen, die bei dem Attentat in Paris zu Schaden kamen, und den Hinterbliebenen der Todesopfer gilt, appellieren wir an die jüdischen Gemeinschaften überall in Europa, eindrucksvolle Beweise des Zusammenhalts zu liefern und erneut die kämpferische Gesinnung zu zeigen, die in der Zeit des Holocaust die Märtyrer von Warschau und andere Frauen und Männer im Widerstand offenbarten. Ihr Zeugnis verpflichtet die jüdischen Menschen unserer Zeit und aller kommenden Generationen.

(-/6.10.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Wichtige Impulse eingebracht

Zum 60. Geburtstag von Georg Leber am 7. Oktober 1980

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei

Georg Leber wird 60 Jahre alt, morgen am 7. Oktober 1980. Mir ist es eine Freude, aus diesem Anlaß, einem Weggefährten Glückwunsch und Dank zu sagen, der auf seine unverwechselbare Weise die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit und unser demokratisches Gemeinwesen überhaupt mitgeprägt hat. Politisch Andersdenkende respektieren diesen Mann seiner Offenheit wegen. Parteigänger - auch solche, denen er nicht immer bequem ist - wissen, wieviel Vertrauen er für die gemeinsame Sache erworben hat. Für die Freunde zählt seine menschliche Zuverlässigkeit mindestens soviel wie seine sachliche Leistung.

Der Name Georg Leber ist mit dem Aufbau unabhängiger, demokratischer Gewerkschaftsarbeit in der Bundesrepublik eng verbunden. Der Gewerkschaftsführer Leber hat für die Diskussion von Fragen der Mitbestimmung, vor allem auch bei ersten Schritten zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wichtige Impulse eingebracht. Und ich weiß, daß ihm der Verzicht auf diese Arbeit nicht leicht gefallen ist, als wir ihn zu Ende 1966 baten, mit uns in die Bundesregierung zu gehen. Aber zu diesem Zeitpunkt war er ja auch, was leicht übersehen wird, schon jahrelang im sozialdemokratischen Parteivorstand und geschätzter Parlamentarier.

Als Verkehrsminister hatte er Antworten der Bundesregierung auf eine weitgehend veränderte Situation im ganzen Land zu geben. Ich will etwas nennen, was auf den ersten Blick klein erscheint: den im Rahmen eines umfassenden Verkehrsprogramms eingeführten "Leber-Pfennig", eine heftig umstrittene Abgabe des schweren Straßengüterfernverkehrs, der zusammen mit unumgänglichen Straßenbaumaßnahmen und Strukturveränderungen im Bereich der Bundesbahn wesentlich zur besseren Nutzung des Güterverkehrs der Bahn beitrug.

Solche Daten machen deutlich, daß sozialdemokratische Politik wichtige Anliegen des Umweltschutzes erkannt hatte, bevor es "grüne" Listen gab. In diesen Zusammenhang gehören auch die von Leber eingeleiteten Anstrengungen um die systematische Erfor-



schung von Ursachen schwerer Verkehrsunfälle. Wenn auch noch lange nicht im befriedigenden Umfang, konnten zum Schutz des Lebens im Verkehr wesentliche Fortschritte erzielt werden.

Über den Verteidigungsminister, der im Sommer 1972 Helmut Schmidt ablöste, ist zurecht viel Gutes gesagt worden. Daß unsere Vertrags- und Entspannungspolitik im Inland von hinreichender Zustimmung getragen wurde und im Ausland, besonders bei unseren Bündnispartnern, gut und vertrauensvoll verstanden wurde, war zu einem guten Stück dem Ansehen von Georg Leber zu verdanken. In seiner Amtszeit hat er auch viel für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft und für ihre unverkrampfte Stellung im Gefüge unseres demokratischen Staates erreicht.

Georg Leber hat seine Motivation für sozialdemokratische Politik ohne Bruch aus seiner religiösen Überzeugung begründet und bezeugt. Auch wenn er es in seiner Kirche nicht immer leicht gehabt haben mag, wird dies heute auch dort anerkannt. Er hat überlebte Vorurteile und Verkrustungen deutlich gemacht. Vieles von dem, was heute der Kirche in ihrem Wirken in der pluralistischen Gesellschaft möglich geworden ist, ist ihm und denen zu verdanken, die wie er eine Brückenfunktion auszuüben verstanden. Auch in der SPD hat er aus seiner glaubensmäßigen Verankerung nie einen Hehl gemacht. Auch hier hat er geholfen, alte Mißverständnisse und Fremdheiten zu überwinden und die SPD des Godesberger Programms als eine politische Gemeinschaft erlebbar zu machen, in der Menschen unterschiedlicher Weltanschauung ihre im Verhältnis zueinander unangefochtene politische Heimat haben.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihm viel zu verdanken. Mit uns sind es viele, über alles sonst Trennende hinaus, die dem Sechziger gute Gesundheit wünschen und Elan für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Auch nach so vieler kräftezehrender Arbeit kann Georg Leber noch lange nicht erwarten, daß er in einen Ruhestand entlassen wird.

(-/6.10.1980/ks/ca)

+ + +



P R E S S E S T I M M E N

Kanzler bleibt der Sozialdemokrat Helmut Schmidt, für seinen Gegenspieler Franz-Josef Strauß gibt es offenbar keine Mehrheit in der Bevölkerung. ... Strauß, der den vorigen CDU-Kanzlerkandidaten Kohl verdrängt hatte, blieb weit unter Kohls Hochsprungrekord von 48,6 Prozent vor vier Jahren. Jene Bundestagsabgeordneten der Union, die Strauß am 3. Juli 1979 zum Kanzlerkandidaten für die Wahl 1980 gemacht hatten, werden es vermutlich gewußt haben, daß ihr Mann allenfalls die Stammwähler, wie geschehen, zusammenhalten, aber keine Wechselwähler gewinnen würde. Sie stimmten seinerzeit für den bayerischen Löwen, um die Einheit der Union zu wahren. Gewiß war das ein achtbares Motiv, aber keine "Bank" auf den Wahlsieg 1980. ... Die FDP ist nun erst recht auf das fixiert, was man sozialliberales Bündnis nennt. Solange die Sozialdemokraten nicht ähnliche Fehler aus Überheblichkeit heraus begehen, wie es die CDU/CSU in den sechziger Jahren gegenüber ihrem damaligen Partner FDP tat, wird die Union noch kein Licht im Tunnel sehen.

Rheinische Post

Der Bundeskanzler, seine Regierung, die Koalition sind vom Volk bestätigt. Schmidt muß den etwas brüchig ausgefallenen Ruhm keinesfalls mit seiner Partei, der SPD, teilen. Sie ist in diesem Wahlkampf nicht beliebter geworden. Hätten die Bürger zu wählen gehabt nicht zwischen Schmidt und Strauß, sondern zwischen SPD und Union, hätte der 5. Oktober den Machtwechsel in Bonn gebracht.

Frankfurter Allgemeine

Die Sozialdemokraten haben gestern allerdings fast das Kunststück fertiggebracht, sich trotz eindeutiger Kanzlerwahl in eine Beinahe-Niederlage hineinzureden, weil sich ihre Hoffnung, als stärkste Partei abzuschneiden nicht erfüllte. Fast konnte man den Eindruck haben, etliche Sozialdemokraten hätten das Gerede vom "SPD-Staat" auf ihre Weise so ernst genommen wie ihre Gegner. Die Realitäten sind doch viel schlichter: Die Koalition, die aufeinander und auf Helmut Schmidt eingeschworen ist, hat jetzt eine überaus komfortable Mehrheit im Rücken. Damit müßte sich gut regieren lassen. Und wer meint, die SPD werde es mit der erstarkten FDP (beispielsweise in der Mitbestimmungsfrage) schwerer haben, dem sei gesagt: Geschwächte Liberale wären sicher schwieriger. Der Wahlgewinner Genscher ist viel zu sehr Realist, um nicht zu wissen, daß man auch bei zehn Prozent mit nur einem Flügel, heiße dieser nun Lamsdorff oder Baum, nicht weit segeln könnte.

Westfälische Rundschau

Der Rundum-Verlierer ist Franz Josef Strauß. Das kann niemanden überraschen. Ein Kandidat vom Rand der Partei ist nicht in der Lage, die Wähler der Mitte anzuziehen. ... Der Triumph, den die Regierungskoalition insgesamt für sich verbuchen kann, ist in hohem Maße auch ein Sieg des Bundeskanzlers. Doch der Kanzlerbonus ging nicht an die eigene Partei. Er kam dem kleineren Partner, der FDP, zugute. ... Das muß den Sozialdemokraten, die ja nicht unbegrenzt auf Schmidt zählen können, zu denken geben. Ihr Wahlkampf wies ohnehin einige Schwächen auf. Die Partei fand sich zu oft in der Defensive. Alles auf den Kanzler zu setzen, nutzte der Koalition, aber nicht der Partei. Linke Ausrutscher wie in Bremen schrecken Wechselwähler bei der SPD ebenso ab wie es Strauß auf der anderen Seite tut.

Westfälische Allgemeine

Die Mehrheit der Wähler ist nicht bereit, sich für einen Bundeskanzler Strauß zu entscheiden. ... Wenn es aber stimmt, daß Politik und Politiker dem Wähler wie ein Markenartikel nahegebracht werden müssen, bedarf es auch der Beachtung jener Gesetzmäßigkeiten und Stimmungen, die diesen Markt beeinflussen und beherrschen. Und spätestens da wäre man nicht an der Erkenntnis vorbeigekommen, daß Strauß gewiß die Möglichkeit einer besseren Politik bietet, zugleich aber auch die Gefahr einer beispiellosen Polarisierung heraufbeschwört. Allein ihr ist die Niederlage zuzuschreiben, einem Wahlkampf von er-



schreckender Brutalität und Perfidie. ... Nur, daß es so infam kommen würde, hätte man vorher wissen müssen. Und man wußte es. Trotzdem entschied man sich für Strauß, und genau diese Entscheidung nährt unbehagliche Vermutungen, die für die CDU nicht gerade schmeichelhaft sind. Der Slogan "Den SPD-Staat stoppen" verrät keine sonderliche Solidarisierung mit dem Spitzenkandidaten und bestimmte letztlich den sehr lange andauernden defensiven Charakter des Wahlkampfes. Bonner Rundschau

Der hohe Anteil der Stimmen für die FDP ist ein Indiz für das Defizit an Liberalität in der Union. Zumindest ist dieses Element in der Union personell an der Spitze nicht ausreichend repräsentiert. Insofern bedeutete die Kandidatur von Strauß einen Anachronismus, einen Rückfall in die Denk- und Verhaltensweisen der fünfziger Jahre. Ob diese Niederlage trotz ihrer Eindeutigkeit ausreicht, bei der Union die innere Wende einzuleiten, die sie in Bonn erzwingen wollte, ist bei der Struktur der CDU fraglich. Kölner Stadt-Anzeiger

Im ersten Ärger hat Strauß seinen Mißerfolg auf die gewaltige Diffamierungskampagne gegen ihn zurückgeführt. Das ist zu einfach. Unverkennbar ist, daß es der SPD und FDP gelang, das grob gezeichnete Feindbild von Strauß bis in die Reihen der CDU hineinzutragen. Ministerpräsident Albrecht hatte schon im Sommer das Handtuch geworfen, als er forderte, der nächste Kanzlerkandidat der Union müsse mit mehr Würde gewählt werden. Das kam einer Vorwegnahme der Niederlage nahe. General-Anzeiger

Die Union kann sich damit trösten, daß sie wieder stärkste Partei geworden ist. Aber sie muß auch einsehen, daß man eine Wende nicht herbeireden kann, auch nicht, wenn man sie für historisch notwendig hält. 52 bis 53 Prozent der Wähler wollen keine Wende, allerdings wollen sie auch nicht mehr Sozialismus. Die Welt

Daß es Franz Josef Strauß nicht schaffen würde, ist so Überraschend nicht. ... Die Zeichen an der Wand, geschrieben vom Wähler, besagen: Die bürgerliche Mitte soll das Sagen haben. Nun sind die Sozialismus-"Bremsen" stärker geworden. Aber vom Bremsen allein bewegt sich das Regierungsvehikel nicht. Bild-Zeitung

Franz Josef Strauß ist der Verlierer dieser Wahl. Ihm bleibt einzig die Genugtuung, im Duell mit Schmidt vom Kanzlerbonus nicht erdrückt worden zu sein. Doch er wird nicht leugnen können, als Politiker viele frühere CDU-Wähler verschreckt zu haben. Diese wanderten zur FDP ab und verursachten sein Debakel. Wer den Behauptungswillen des CSU-Chefs kennt, weiß, daß ihm auch künftig der Freistaat Bayern nicht als Einflußzone genügen wird. FJS wird einen Neubeginn suchen. Daß ihm die Nordlichter jedoch noch einmal die Chance des Jahres 1980 einräumen, ist nach diesem Wahlausgang nahezu unmöglich. Express

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

